

Ungarns wiederholter Verstoss gegen Grundrechte

Die EU reagiert zaghaft – aus gutem Grund

ANTONIO FUMAGALLI

Acht Mal. So oft musste der ungarische Europaminister seinen Kollegen schon Red und Antwort stehen, seit wegen schwerwiegender Verstösse gegen Rechtsstaatlichkeit 2018 das schärfste aller Prozedere gegen sein Land aktiviert worden ist. Und was ist bei diesem sogenannten Artikel-7-Verfahren herausgekommen? Unter dem Strich nichts.

Dabei hat sich die grundrechtliche Lage in Ungarn in den vergangenen Jahren nicht verbessert, im Gegenteil. Über 600 Verfahren wegen potenzieller Vertragsverletzungen listet die entsprechende Datenbank allein für die letzten zehn Jahre auf, darunter gewichtige Fälle wie die konsequente Missachtung des Asylrechts oder Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz. Für besonders viel Aufsehen sorgte jüngst das De-facto-Verbot des Pride-Marsches. Demokratiepoltisch deutlich gefährlicher ist jedoch das Gesetz, das Mitte Juni verabschiedet werden soll und die letzten verbliebenen – regierungskritischen – Medien und NGO zur Aufgabe zwingen könnte.

Es ist eine Tatsache: Orbans Regierung sägt systematisch an fundamentalen Pfeilern des Rechtsstaats und macht vorläufig keine Anstalten, daran etwas zu ändern. Dass eine klare Mehrheit der EU-

Staaten langsam die Geduld verliert, zeigte sich am Dienstag überdeutlich, als sich die Europaminister in Brüssel erneut mit der Causa Ungarn befassen mussten: 20 von 27 Mitgliedsländern erinnerten Ungarn in einer scharfen Erklärung an die Grundsätze der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und des Datenschutzes.

Den Worten auch Taten folgen zu lassen, wagen die Mitgliedsländer aber weiterhin nicht. Sie könnten theoretisch die erste Stufe der sogenannten «Nukleareption» zünden, also eine Vierfünftelmehrheit anstreben, die «eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung» von Grundrechten feststellt. Zu diesem Schritt, der im Endeffekt zum Entzug von Ungarns Stimmrecht führen könnte, haben sich die Staaten noch nicht durchgerungen.

Das mag hasenfüssig wirken, ist realpolitisch aber klug: In weniger als einem Jahr finden in Ungarn Parlamentswahlen statt. In den Umfragen schwingt derzeit Peter Magyar von der Oppositionspartei Tisza obenaus. Orban seinerseits baut seinen Wahlkampf bereits jetzt stark auf der Ablehnung der EU und ihren Vertretern aus Brüssel auf. Würden diese Ungarn in die Ecke drängen, lieferten sie der Regierungspartei nur zusätzliche Munition.

In weniger als einem Jahr finden in Ungarn Parlamentswahlen statt. In den Umfragen schwingt derzeit Peter Magyar von der Oppositionspartei Tisza obenaus.

Hinzu kommt, dass die EU gerade in aussen-, sicherheits- und finanzpolitischen Fragen wegen der Einstimmigkeitsregel auf Ungarns Unterstützung angewiesen ist. Orban droht zwar regelmässig mit dem Veto. Wie das Beispiel der Russland-Sanktionen zeigt, hat man sich seine Zustimmung bislang aber immer mit einem «Zückerchen» erkaufen können. Damit wäre beim totalen Bruch kaum mehr zu rechnen – und unter anderem 200 Milliarden Euro eingefrorenes Staatsvermögen könnte nach Russland zurückfliessen.

Auch weiss niemand, wozu die Orban-Regierung noch fähig ist. Kritiker des neuen NGO-Gesetzes befürchten, dass dieses der Regierung als Vorwand dienen könnte, um den Oppositionsführer Magyar von den bevorstehenden Wahlen auszuschliessen.

Es wäre eine Eskalation, die nicht unbeantwortet bleiben dürfte. Gut möglich, dass dann das für die erste Stufe des Artikel-7-Verfahrens notwendige Quorum von 21 Mitgliedsländern realistisch und damit eine offizielle Warnung nach Budapest geschickt würde. Auch wenn dies noch keinem Stimmrechtsentzug gleichkäme, tun die EU-Staaten gut daran, dieses Druckmittel vorerst in der Hinterhand zu behalten.

«Faule Schweizer» wollen immer mehr Freizeit

Arbeit muss mehr bieten als Geld

BENJAMIN TRIEBE

Offenbar werden die Schweizerinnen und Schweizer fauler. Wer hierzulande Vollzeit arbeitet, war damit im vergangenen Jahr durchschnittlich etwa 40 Stunden pro Woche beschäftigt. Das sind 50 Minuten weniger als 2019, wie jüngst veröffentlichte Zahlen des Bundes zeigen. Es wurden weniger Überstunden geleistet, die Leute waren häufiger abwesend, und mehr Ferien nahmen sie auch.

Die Arbeitnehmer haben mehr Freizeit, die Arbeitgeber haben mehr Sorgen. Für sie ist es ungewohnt, am Arbeitsmarkt nicht mehr die absolute Verhandlungsmacht zu besitzen. Doch seit die Menschen durch die Lockdowns der Corona-Pandemie gezwungen wurden, über die Prioritäten in ihrem Leben nachzudenken, bröckelt das Arbeitsethos.

Das gilt besonders in der zwinglianisch geprägten Deutschschweiz, wo einst Arbeit als Weg zur Gefälligkeit vor Gott gepredigt wurde. Doch Gottgefälligkeit ist zur Motivation der Massen etwas aus der Mode gekommen. Ob der Aufwand auf Erden den Ertrag im Himmel gerechtfertigt hat, war ohnehin nebulös.

Zunächst: Es gibt Leute, die mehr arbeiten möchten, es aber nicht können. Der Teilzeitarbeit bei Frauen und besonders bei Müttern ist in der Schweiz sehr hoch. Es fehlt an Möglichkeiten zur Kinderbetreu-

ung und zum Aufteilen der Lasten mit dem Partner. Hier lebt das konservative Gesellschaftsbild weiter.

Doch wer sich freiwillig gegen mehr Arbeit entschieden hat, der müsste umgestimmt werden. Aber womit? Die Frage ist in einem der reichsten Länder der Erde schwer zu beantworten. Die Zeiten haben sich gewandelt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Arbeit ein verlässlicher Weg, Vermögen aufzubauen, finanziell abgesichert eine Familie zu gründen und eine Immobilie zu errichten.

Jetzt ist der Weg nach oben versperrt. Abgesichert ist man heute zwar besser denn je – aber die Perspektiven sind geschrumpft. Die Immobilienpreise sind so hoch, dass ein Hauskauf oft nur durch starke Verschuldung oder eine Erbschaft möglich wird. Was bleibt, für das es sich zu arbeiten lohnt? Fernreisen, die in früheren Generationen noch als Luxus galten, sind heute für kleines Geld möglich. Die Schweizer sind schon Reiseweltmeister. Ein teures Auto? Bitte, aber schneller als 120 Kilometer pro Stunde darf man ohnehin nicht fahren.

Die Vorliebe für Freizeit ist logisch. Wer bereits Vollzeit arbeitet, stellt fest, dass der Nutzen des Lohns durch noch mehr Arbeit schwindet – und damit der Nutzen der Zeit, die in den Lohnerwerb investiert wird. Wenn, dann müsste man um der Arbeit willen mehr arbeiten. Doch wieder: Warum? Der Aufruf, durch tatkräftigeres Zupacken den Wirtschafts-

Die Sinnsuche ist nicht aussichtslos. Viele Firmen machen Dinge, die anderen Menschen das Leben erleichtern. Das darf betont werden.

standort Schweiz zu stärken, hat das alte Mantra der Gottgefälligkeit abgelöst. Er ist aber ähnlich abstrakt. Es muss schon konkreter sein. Nicht zufällig haben viele Firmen in der Pandemie ihren «Purpose» entdeckt. Die Herstellung von Dingen, die Kunden kaufen wollen, reichte als Daseinsgrund nicht mehr aus. Gelegentlich glitt die Selbstdarstellung ins Lächerliche ab, aber der Ansatz war richtig.

Unternehmer reagieren manchmal mit Unverständnis, wenn Mitarbeiter es an Begeisterung fehlen lassen. Doch in vielen Fällen ist ein Job primär nur ein Job. Im Chefsessel mag zuzeiten eine starke intrinsische Motivation zu verspüren sein. Aber in einem Grossraumbüro ist sie nicht selbstverständlich, wenn die Fenster wegen der Klimaanlage nicht geöffnet werden dürfen und Charlotte am Nebentisch ihr Eiersandwich auspackt. In Shopping-Bunkern sehen manche Angestellte nie das Tageslicht.

Dennoch ist die Sinnsuche nicht aussichtslos. Viele Firmen machen Dinge, die anderen Menschen das Leben erleichtern. Das darf betont werden. Und für das Betriebsklima sollte bei der Mitarbeiterauswahl eine Regel gelten, die der Managementprofessor Robert Sutton aus Stanford schon vor 20 Jahren aufgestellt hat: «No asshole.» Das war so revolutionär, dass er die zwei Wörter zu einem Buch auswalzen konnte. Heutzutage muss der Lohn einer Arbeit eben mehr sein als Geld.

Sammlung Bührle

Die Stadt Zürich will einmal mehr Musterschülerin sein

RICO BANDLE

Das Kunsthhaus Zürich ist in Geldnot. Um 4,5 Millionen Franken möchte es die jährlichen Subventionen erhöht haben. Diese Woche gab das Museum bekannt, dass es von der Stadt obendrauf zusätzliche 3 Millionen Franken verlangt, um die Bilder der Sammlung Bührle einmal mehr auf ihre Herkunft zu untersuchen und die Werke neu zu präsentieren.

Seit die wertvolle Gemäldesammlung des ehemaligen Waffenfabrikanten Emil Georg Bührle 2021 in den Erweiterungsbau des Kunsthhauses einzog, überbieten sich Historiker und Journalisten damit, dem Museum und der Stadt moralisches Versagen anzulasten. Sich dagegen zu verteidigen, ist angesichts der Umstände nicht ganz einfach: Mehrere Werke aus der Sammlung gehörten einst jüdischen Nazi-Opfern, Bührle belieferte auch Hitler-Deutschland mit seinen Waffen. Die Vorwürfe, man verwehle bewusst die Herkunft und kümmerge sich zu wenig um die Aufarbeitung, entfalten selbst dann Wirkung, wenn sie stark übertrieben oder sogar faktisch falsch sind.

Die Verantwortlichen des Kunsthhauses und der Stiftung Bührle reagierten so, wie man in der Schweiz unter Druck oft reagiert: Zuerst wiesen sie auf selbstbewusste, ja arrogante Weise alles zurück, irgendwann knickten sie ein und verfielen in

Hyperaktivität. Es gab einen runden Tisch, ein Historiker untersuchte die Werke erneut, die Ausstellung wurde mit Hinweisen auf das Schicksal jüdischer Sammler ergänzt, einige Bilder, die womöglich zurückgegeben werden müssen, wurden präventiv abgehängt.

Diese Woche gab das Kunsthhaus bekannt, die Herkunft der Bilder noch einmal zu erforschen und die Präsentation umzugestalten. Den Lebensgeschichten der jüdischen Sammler und der Waffenproduktion Bührle soll in Zukunft je eine eigene Ausstellung gewidmet werden. Der erzieherische Teil nimmt somit wohl einen noch grösseren Platz ein. Die Stiftung Bührle, die Eigentümerin der Bilder, hat sich zudem verpflichtet, mit den Erben der Vorbesitzer eine «gerechte und faire Lösung» anzustreben, sollte die Forschung neue Hinweise auf einen durch Flucht ausgelösten Verkauf hervorbringen.

Bei den möglichen «NS-Verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerken» – so lautet der offizielle Begriff – geht es längst nicht mehr um Raubkunst. Dass von den Nazis gestohlene Gemälde zurückgegeben werden müssen, ist schon seit Ende des Kriegs unbestritten. Bührle trat 1948 dreizehn seiner Bilder den rechtmässigen Eigentümern ab, neun davon kaufte er gleich wieder zurück. Auch bei Werken, die in höchster Not zu einem viel zu

In Zürich getraut sich niemand mehr, alles zu hinterfragen. Die Verantwortlichen des Kunsthhauses wirken derart eingeschüchtert, dass sie auf Nachfrage nur noch auf die Stadt verweisen.

tiefen Preis verkauft wurden, herrscht breiter Konsens, dass eine Lösung gefunden werden muss.

In den letzten Jahren wurden die Kriterien für Rückgaben oder Entschädigungen allerdings sukzessive ausgeweitet. Heute steht jedes Werk aus jüdischem Besitz unter Verdacht, das vor und während des Zweiten Weltkriegs verkauft wurde. Im letzten Bührle-Untersuchungsbericht des Historikers Raphael Gross werden sogar Bilder in einen Verfolgungszusammenhang gestellt, die Bührle erst mehrere Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in London, New York und Zürich gekauft hat.

Vor allem die USA machten in den letzten Jahren Druck, dass die internationalen Richtlinien zur Restitution stetig ausgeweitet wurden. Selber halten sie sich allerdings nicht daran. Das Guggenheim-Museum in New York weigerte sich zum Beispiel 2024, einen Picasso zurückzugeben, den ein jüdisches Paar 1938 auf der Flucht verkaufen musste. Ein Gericht gab dem Museum recht.

In Zürich getraut sich niemand mehr, das alles zu hinterfragen. Die Verantwortlichen des Kunsthhauses wirken derart eingeschüchtert, dass sie auf Nachfrage nur noch auf die Stadt verweisen, deren Vorgaben sie einzuhalten hätten. Und die Stadt tut bekanntlich alles, um bei moralisch aufgeladenen Themen als Musterschülerin dazustehen. Egal, ob die Massnahmen sinnvoll sind oder nicht.